Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 81 (1994)
Heft: 1: Zukunft der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Schweiz

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schulszene Schweiz

Mit Vorbehalten für Numerus clausus

Die Erziehungsdirektoren sind mit Vorbehalten für die Einführung von Zulassungsbeschränkungen an Schweizer Hochschulen. Gemäss einer Erklärung der EDK sind diese aber zeitlich zu beschränken und gesamtschweizerisch zu koordinieren. Sie dürften nicht zur Reduktion der Zahl der Studienplätze missbraucht werden, teilte die EDK mit.

Die «Erklärung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zum Hochschulzugang» wurde am 28. Oktober an der EDK-Jahreskonferenz verabschiedet. Die für das Hochschulwesen verantwortlichen Regierungsräte bekräftigen darin zunächst, dass sie sich für den freien Zugang zu den Universitäten und anderen Formen der höheren Ausbildung einsetzten.

Angesichts der Kapazitätsprobleme in den Medizinalstudien habe die Schweizerische Hochschulkonferenz den Universitätskantonen empfohlen, Rechtsgrundlagen für Zulassungsbeschränkungen zu schaffen. Sofern, wie gegenwärtig in der Medizin, zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung Zulassungsbeschränkungen nicht zu vermeiden seien, «sind sie nach Ausbildungsgängen und zeitlich zu beschränken sowie auf schweizerischer Ebene zu koordinieren», schreibt die EDK.

Das Ausbildungsangebot sei gesamtschweizerisch auszuschöpfen, im besondern durch die Umverteilung von Studierenden. Eine Ausweitung des Numerus clausus auf weitere Ausbildungsgänge müsse in jedem Fall wieder auf nationaler Ebene abgeklärt werden. Die Einführung von Zulassungsbeschränkungen dürfe nicht zum Anlass genommen werden, die Zahl der Studienplätze zu reduzieren.

Die Studentenverbände pochen auf freie Studienwahl trotz Rezession

Der Verband der schweizerischen Studentenschaften (VSS) sieht in der Erhöhung der Semestergebühren an den Universitäten eine tiefgreifende Gefährdung des Rechts auf Bildung. Die Sparpolitik dürfe nicht einen sozialen Numerus clausus zur Folge haben. Der VSS präsentierte in Bern Reformvorschläge als Alternative zum Numerus clausus.

In Zeiten der Wirtschaftskrise dürfe der Zugang zur Universität nicht erschwert und mit der Erhöhung der Semestergebühren ein sozialer Numerus clausus praktiziert werden, hielt der VSS zusammen mit anderen Studentenorganisationen fest. Politikern fehle es an Weitsichtigkeit, wie verschiedene «paradoxe» Massnahmen zeigten. So würden auf der einen Seite Studienpläne erweitert und der Leistungsanspruch erhöht, auf der anderen aber die Löhne von Assistenten gekürzt und Stellen gestrichen. Gleichzeitig solle auch die Studienzeit verkürzt werden.

Gegen Zulassungsbeschränkungen
Die Erfahrungen im Ausland zeigen laut VSS, dass sich mit der Einführung des Numerus clausus die Probleme an den Hochschulen lediglich verlagern. In der Schweiz habe das Postulat des freien Zugangs zu Bildung dem Druck der Sparpolitik bis heute standgehalten. Die nun auch in der Schweiz vor dem Hintergrund der steigenden Studentenzahlen und der knappen Mittel diskutierten Zulassungsbeschränkungen in der Medizin und die verschärfte Selektion in der Psychologie träfen die sozial Schwächeren und die Frauen, kritisierten die Vertreter der Studentenorganisationen. Auch die massive Erhöhung der Studiengebühren belaste diejenigen, die schon von der Kürzung der Stipendien betroffen seien.

Kurzstudium als Alternative
Um die Qualität der Hochschulen zu erhalten, müsse mit motivierenden und durchlässigeren Formen des Ausbildungssystems und nicht mit abschreckenden Mitteln politisiert werden, forderte der Dachverband. Mit seiner Broschüre «Reformen statt Numerus clausus» wolle er der Diskussion neue Impulse geben. Kurzfristig gelte es, den heutigen Studienaufbau zu überprüfen. In der Anfangsphase sollten die Studenten exemplarisch in die theoretischen Grundlagen des Studienfachs und der späteren beruflichen Praxis eingeführt werden. Ein Erstabschluss ermögliche das frühzeitige Verlassen der Hochschule mit einer minimalen Qualifikation. Für das Hauptstudium schlägt der VSS eine Mischung aus herkömmlichem Studienplan und Baukastenprinzip vor. Längerfristiges Ziel einer umfassenden Studienreform sei eine intensive Grundausbildung, der eine Nachdiplomphase und periodisch wiederkehrende Weiterbildungskurse bis ins Alter folgen würden.

Ablehnung eines Numerus clausus für Medizinstudenten durch die Gymnasialrektoren

Die Probleme des Gesundheitswesens könnten nicht durch die Einführung eines Numerus clausus auf dem Buckel der kommenden Studentengenerationen gelöst werden, teilten die Gymnasialrektoren nach einer Arbeitstagung mit.

Die eidgenössische Maturität müsse auch künftig den uneingeschränkten Studienanfang an den Hochschulen gewährleisten. Dagegen sprechen sich die Rektoren für berufsspezifische Selektionskriterien in den ersten Semestern des Medizinstudiums aus. Die von der Schweizerischen Hochschulkonferenz vorgeschlagenen Massnahmen für das voruniversitäre Ausleseverfahren zum Medizinstudium stellten die Allgemeingültigkeit des Maturitätsausweises in Frage und führten zu einem Vertrauensbruch zwischen Hochschulen und Gymnasien, schreiben die Rektoren.

Rekruten äussern sich zur Schule

Eine Erhebung über die Ausbildung und Berufswahl erfasste über 13 000 Rekruten, von denen über die Hälfte den Schulbesuch rückblickend positiv würdigte.

Die meisten gaben an, die Schule habe ausreichend auf die Zukunft vorbereitet, und verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Ausbildung in der Muttersprache sowie in Mathematik, Umwelterziehung und Arbeitsmethodik.

Weniger gut schnitt im Urteil der Jungen die Fremdsprachenausbildung ab. 10 Prozent der Romands gaben an, kein Deutsch zu sprechen, aber nur 1 Prozent der Deutschschweizer verneinte Französischkenntnisse. Was die Ausbildung betrifft, so besuchten mehr als zwei Drittel der Befragten eine Sekundarschule und eine Lehre oder eine höhere Schule. Nur 3 Prozent verzichteten auf eine Lehre oder eine höhere Schulausbildung. Die meisten Studenten räumen ein, sie hätten ein Studium ohne bestimmtes Berufsziel begonnen, und fast die Hälfte studierte aus Mangel an Alternativen.

Blick über den Zaun

Eine Milliarde Analphabeten

Wieder hat die Unesco in Paris ihren jährlichen «Welt-Erziehungsbericht» vorgelegt, wieder ist die Bilanz ernüchternd: 130 Millionen Kinder gehen niemals zur Schule; etwa eine Milliarde Menschen sind Analphabeten. Vor allem in afrikanischen, asiatischen und arabischen Ländern liegt das Bildungssystem im argen. In Niger etwa fehlen Lehrer, und oft fällt der Unterricht aus: Männer besuchen im Schnitt nur an 306 Tagen die Schule, Frauen nur an 204 Tagen. Was sie dort lernen, wird in europäischen Schulen normalerweise an 60 bis 80 Schultagen gelehrt.
«Die Zeit», 24. 12. 1993

Leza M. Uffer

Schlaglicht

Schulfreier Samstag?

Nach einer engagierten, unterschiedlichste Erwartungen an «die Schule» geradezu beispielhaft offenbarenden Debatte hat sich der Ausserrhoder Kantonsrat mit 31 zu 27 Stimmen gegen die Einführung des schulfreien Samstags ab dem Spätsommer 1994 ausgesprochen.

Im Herisauer Kindergarten wird die Fünftagewoche eingeführt. Die Stimmberechtigten genehmigten am 26. September mit 2622 Ja gegen 2443 Nein ein entsprechendes Besoldungsreglement für Kindergärtnerinnen.

Zwei Nachrichten aus dem Kanton Appenzell-Ausserrhoden flattern gleichzeitig aufs Pult. Sie passen gut in dieses Heft. Lesen wir doch vorne bei Anton Hügli, dass die Aufgabe von Kindergärtnerinnen (die weibliche Form steht hier auch für Berufsangehörige männlichen Geschlechts) ebenso anspruchsvoll und verantwortungsvoll ist wie die anderer Lehrkräfte auf sogenannt höherer Stufe und dass sie es verdienten, gleich behandelt zu werden. Und bei Iwan Rickenbacher sind erhellende Einsichten zu finden über die Einmaligkeit der schulischen Situation mit ihrer dauernden Beaufsichtigung von Kindern und Jugendlichen durch professionelle Erzieherinnen und Erzieher.

So wird mir denn alles verständlich. Erstens: Auf dem Buckel von «Frauenberufen» kann man leichter sparen. Zweitens: Die Schule ist doch etwas anderes als der Kindergarten. Nulla salus extra schola.

Im übrigen bin ich der Meinung, dass es Zeit wäre, die Energie, die in der Diskussion um den schulfreien Samstag verloren geht, darauf zu verwenden, diesen sofort zu realisieren. Kommen wird er sowieso.